



An:
Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach
- Frau Katja Wolf -

NPD-Fraktion Eisenach
Postfach 10 16 39
99817 Eisenach

Eisenach, den 23.09.2012

Änderungsantrag der NPD-Fraktion Hier: Haushaltssicherungskonzept – 2. Änderungsantrag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Folgende Punkte werden im Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 geändert:

1. Nr. 007/ SR – Kündigung von Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden –
 - Der Beschlußvorschlag wird wie folgt ergänzt: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat fristgemäß den Beschlußvorschlag zur Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag vorzulegen.

Folgende Punkte werden im Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 ergänzt:

2. Die Verfügungsmittel der Oberbürgermeisterin werden jährlich um die Hälfte des aktuellen Haushaltsansatzes gekürzt.
3. Die Aufwandsentschädigungen für die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten werden halbiert. Hier ist die notwendige Änderung der Hauptsatzung dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Mittel für Ehrungen und Repräsentation sind auf den Prüfstand zu stellen, mit dem Ziel einer Verringerung der Haushaltsansätze.

Begründung:

Zu 1. Die Kommunen finden bei der Politik übergeordneter Parlamente immer weniger Beachtung. Auf ihre Kosten werden Haushalte saniert, Aufgaben und Bürokratielasten abgewälzt. Die Negativentwicklungen im Ausgabebereich - hier besonders natürlich anhand des Beispiels der Stadt Eisenach - sind weitgehend auf eine Gesetzgebung des Bundes zurückzuführen, welche die Interessen und die finanzielle Notlage der Kommunen nicht berücksichtigt. Die Arbeit des Deutschen Städtetages fällt kaum ins Gewicht. In den Arbeitsbilanzen des Städtetages fallen die tatsächlich meßbaren Ergebnisse mehr als mager aus. Ohne Zweifel ist eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Interessen auf Bundesebene wünschenswert. Daß dazu der Deutsche Städtetag merklich beitragen kann, darf jedoch bezweifelt werden. Die Stadt Eisenach kann sich deshalb - und weil etwaige Erfolge der Lobbyarbeit auch ohne teure Mitgliedschaft hier spürbar wären - die rund 9.500 Euro jährlich (HH-Stelle: 02000.66.100) sparen und sinnvoller einsetzen. Die





Haushaltskonsolidierung ist wichtiger, als den Druck von Hochglanzheften und kommunalfreundlichem, aber fast ergebnislosen, Populismus mitzufinanzieren.

Zu 2. Zwar liegt die Stadt Eisenach bei den Verfügungsmitteln für den Oberbürgermeister jährlich deutlich unter dem nach Gemeindehaushaltsverordnung Möglichen, doch müssen, wie die Oberbürgermeisterin bereits ausführte, „Kröten geschluckt“ (Eisenacher Amtsblatt v. 2.8.12) werden. Gemäß dieser Logik, die in diesem geäußerten Zusammenhang die Zahler von Grund- und Gewerbesteuern meinte, sollte auch die Oberbürgermeisterin mit bestem Beispiel vorangehen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Verwendung der Verfügungsmittel ohnehin absolut intransparent gestaltet ist. Und eine Halbierung auf circa 4.500 Euro würde immer noch genügend Mittel bereitstellen, um bspw. Gäste zu bewirten.

Zu 3. Vor dem Hintergrund von Streichungen und Mittelkürzungen ist es den Bürgern kaum vermittelbar, daß zu einem hohen Gehalt von kommunalen Wahlbeamten noch Aufwandsentschädigungen hinzukommen. Denn den zu bestreitenden Aufwand kann man getrost vom Haupteinkommen aufbringen, zumal die Betroffenen allesamt noch durch weitere Funktionen wie Aufsichtsratsmitgliedschaften und Ähnlichem zusätzliche Einkommen haben. Nicht nur finanziell Schwache und sozial Engagierte, sondern jeder muß mitsparen. Die obersten Repräsentanten unserer Stadt sollten mit gutem Beispiel vorangehen und einen eigenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. In anderen Regionen wird inzwischen ebenso vernünftig verfahren.

Zu 4. Zweifelsohne müssen bestehende Traditionen fortgesetzt werden. Dennoch muß jede Ausgabe einer politischen Prüfung unterzogen werden. Möglicherweise können Kosten für die Ausgestaltung von Empfängen oder die Verpflegung von Kosten gemindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender

